

Neue Polizeigesetze gegen bürgerliche Grundrechte

Bayern machte den Auftakt im Mai 2018: das neue Polizeigesetz schränkt die Freiheitsrechte erheblich ein. Massive Proteste, darunter eine Demo in München mit über 30.000 TeilnehmerInnen dagegen halfen nicht, es ist nun ein dreimonatiger Gewahrsam möglich, ohne eine Straftat begangen zu haben. Und eine Verlängerung dieser Präventivhaft um weitere drei Monate aufgrund eines Richterbeschlusses. „Drohende Gefahren“ legitimieren weitere Eingriffe in Grundrechte.

Die Innenministerien der anderen Bundesländer ließen sich nicht lange bitten, allüberall wurde und wird ebenfalls die Axt an bürgerlichen Freiheiten gelegt.

Bild- und Tonaufnahmen des öffentlichen Raums, Telekommunikationsüberwachung mit Staatstrojanern, Schleierfahndung, Ausweitung der Bewaffnung der Polizeibeamten mit Tasern sowie teilweise erhebliche Ausweitungen der Gewahrsamsdauer (in Niedersachsen geplant bis zu 74 Tage) sind in Planung oder schon beschlossen.

Dabei ist es egal, welche Fraktionen die jeweilige Landesregierung stellen, in Niedersachsen ist es die GroKo die von der oppositionellen AfD Zustimmung bekommt für deren Entwurf, der 2019 zur Abstimmung steht, ebenso in Sachsen wo das Kabinett ihren Entwurf im September 2018 in den Landtag eingebracht hat, in Hessen hatte die Koalition aus CDU und GRÜNEN neue Restriktionen noch vor der Landtagswahl im Polizeigesetz verankert.

Bereits im Februar 2018 stellte das NRW-Innenministerium seinen Angriff auf unsere Freiheitsrechte vor. Am 7. Juli gab es gegen diese Planungen eine Großdemo in Düsseldorf mit über 20.000 TeilnehmerInnen. Und zwischenzeitlich gab es diverse lokale Protestaktivitäten gegen die Regierungsvorlage, aber auch Anhörungen im Landtag bei denen ExpertInnen ihre Bedenken gegen dieses Sicherheitspaket I vorgetragen haben. Im Oktober gab es einen gemeinsamen ersten Änderungsantrag der Regierungsfractionen

CDU und FDP zum Antrag der Landesregierung. Die „drohende Gefahr“, die zur präventiven Gewahrsamnahme berechtigt, steht nun nicht mehr wörtlich, wohl aber im Sinngehalt weiter im Gesetz. Die Dauer der Gewahrsamnahme wurde reduziert von ursprünglich 30 auf 14 Tagen, verlängerbar um weitere 14 Tage nach richterlichem Beschluss.

Fußfesseln, Schleierfahndung und erweiterte Möglichkeiten der Videoüberwachung sind auch nach der Änderung Bestandteil dieses „Sicherheitspakets I“ geblieben. Die Proteste in NRW liefen weiter, und auch im Landtag wurde weiter über das Polizeigesetz verhandelt.

Ein neues Bündnis gegen dieses Polizeigesetz formierte sich. Es besteht aus Bürgerrechtsorganisationen (attac, Digitalcourage, Komitee für Grundrechte und Demokratie u.a.), fortschrittlichen JuristInnenorganisationen (Republikanischer AnwaltInnenverein, Vereinigung Demokratischer JuristInnen, AK kritische JuristInnen), Parteien (Grüne, Linke, Piraten) und deren Jugendorganisationen, diversen AntiFa-Gruppen, Klima-Gruppen, dem Erwerbslosenvereintacheles, der SJD Die Falken, verschiedenen hier nicht aufgelisteten und auch der DFG-VK. Denn sobald Proteste gegen die Kriege der Herrschenden als drohender Terrorismus interpretiert werden, ist das pazifistische Engagement im Visier dieser Verschärfung des Polizeigesetzes. Das macht ein aktives Streiten dagegen zur ureigenen Aufgabe und nicht (nur) zu einer gebotenen Solidaritätspflicht.

Unterstützt wurde das Bünd-



Bereits am 7. Juli 2018 demonstrierten 20.000 Menschen in Düsseldorf gegen das geplante Polizeiaufgabengesetz.

Foto: Herbert Sauerwein

nis durch Gewerkschaften (verdi, FAU, GEW), verschiedenen Fan-Gruppen (u.a. aus Düsseldorf, Köln, Münster, Schalke), die besonders gern als Ziel-

gleich mit der Demo in Hannover gegen die Polizeigesetzverschärfung in Niedersachsen.

Die Landesregierungspropaganda blieb nicht untätig

Wenige Tage vor der Demo stellten die Regierungsfractionen einen zweiten Änderungsantrag, der auch nichts am Wesensgehalt der Vorlage ändert. Außerdem schaltete das Innenministerium eine Propagandawebseite mit Verniedlichungen der drohenden neuen Maßnahmen. „Maßvoll“ findet der Innenminister die Ausweitung des Gewahrsams von 48 Stunden auf 14 Tage, bei der Einführung der TKÜ versteckt er sich hinter Polizeigesetzen in anderen Bundesländern, die erhebliche Ausweitung der Vi-

deoüberwachung begründet er mit der Erwartung von Erfolgen beim Kampf gegen Drogen- und Alltagskriminalität, und Schleierfahndung heißt jetzt „strategische Fahndung“.

Von der Regierungspropaganda ließen sich die TeilnehmerInnen der Demo nicht beirren, und ein bunter Demozug zog durch die Stadt. Es wurden 5.000 Demonstrierende in Düsseldorf gezählt, in Hannover waren es sogar 6.000. Damit wurde noch einmal deutlich, dass die Menschen nicht einverstanden sind, bürgerliche Freiheiten einer angeblichen Sicherheit zu opfern. Heimreisende, die anschließend mit der Bahn durch Duisburg fahren mussten, konnten erleben, wie weit Polizeibefugnisse schon jetzt gehen: Nach Auseinandersetzungen zwischen Fan-Gruppen, bei denen ein Mann

schwer verletzt wurde, wurde der Bahnhof Duisburg stundenlang komplett abgeriegelt und für alle durchfahrende Züge gesperrt.

Ein Schelm wer böses dabei denkt angesichts der Abstimmung im Landtag NRW am 12. Dezember.

Felix Oekentorp

Felix Oekentorp ist Landessprecher der DFG-VK NRW und arbeitet aktiv im Bündnis PolizeigesetzNRWstoppen

Nachtrag der GWR-Red., 16.12.: Der NRW-Landtag hat am 12.12. eine Reform des Polizeigesetzes beschlossen, die u.a. mehr Videoüberwachung und den „NRW-Trojaner“ erlaubt. Mehr dazu in der GWR 436.

Zum Thema siehe auch: „1984“ war keine Gebrauchsanleitung! Das neue Polizeiaufgabengesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zum Überwachungsstaat, Kommentar von Michèle Winkler, in: GWR 430, Sommer 2018, S. 2
Weitere Infos: <https://polizeigesetz-nrw-stoppen.de/>

Ein Haufen Mist bleibt ein Haufen Mist, auch wenn ein paar Tropfen Parfüm darauf geträufelt werden

gruppe repressiver Maßnahmen genommen werden, Naturfreundejugend, SDAJ, der VVN-BdA und vielen anderen, die hier aus Platzgründen nicht alle aufgelistet werden können.

Das Bündnis entschied sich für eine landesweite Demo am zweiten Adventssamstag in Düsseldorf, vier Tage vor der drohenden Verabschiedung der Polizeigesetzverschärfung, zeit-



Bernd Drücke (Hg.)
Ja! Anarchismus
Gelebte Utopie im 21. Jahrhundert mit einem Vorwort von Konstantin Wecker

2. erweiterte Auflage
352 Seiten | 18 Euro
ISBN 978-3-89771-256-0

Interviews und Gespräche zur aktuellen anarchistischen Praxis

Auch heute versuchen Anarchist*innen ihre Utopie von einem Leben ohne Chefs und Staat zu verwirklichen. Was bedeutet für sie Anarchie? Wovon träumen sie? Welche Perspektiven sehen sie? Das sind Fragen, auf die ausgewählte Interviewpartner*innen dem Autor in diesem Buch Rede und Antwort stehen.

»Vor diesem Buch muss ich im Interesse der Friedensarbeit dringend warnen. Es ist derart lebendig, dass ich, kaum dass ich es aufgeschlagen hatte und mich auf das erste Gespräch gestürzt habe, die Zeit vergaß und darüber zu spät zum Treffen des Bochumer Friedensplenums kam. (...) Mag der eine oder die andere von uns vielleicht über den steten Kampf um Pazifismus ein wenig müde geworden sein, dann empfehle ich diesen Band als Aufmunterung, als Versprühen von Hoffnung und Lust auf eine andere Welt und den Weg dorthin.«

Felix Oekentorp | *Zivilcourage*



Michael Albert
Die machbare Utopie
Strategien für eine Gesellschaft der Zukunft
280 Seiten | 16 Euro
ISBN 978-3-89771-252-2

Ein anarchistischer Leitfaden für Aktivist*innen auf dem Weg in eine friedliche, gerechte und solidarische Welt

Die machbare Utopie ist eine nachdenkliche Debatte über die Ziele und praktischen Prinzipien einer wünschenswerten Gesellschaft der Zukunft. Michael Albert stellt darin praktische Konzepte dar, formuliert die Utopie einer post-kapitalistischen Zukunft und diskutiert über die Mittel und Zwecke, die für die Entwicklung einer gerechten Gesellschaft benötigt werden.

Nachdem Albert konzeptionelle Werkzeuge für das Verständnis von Gesellschaft und Geschichte aufgezeigt hat, wirbt er für die Utopie einer partizipatorischen und demokratischen Organisation von Wirtschaft, Politik, Kultur und Ökologie.

»Nur wenige haben so lange und gründlich über diese ragen nachgedacht und gleichzeitig konstruktiv daran gearbeitet, die »Saat der Zukunft in der Gegenwart« zu legen, wie Michael Albert.«

Noam Chomsky

UNRAST – Neuerscheinungen



Jens Kastner & Lea Susemichel
Identitätspolitiken
Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken

152 Seiten | 12,80 Euro
978-3-89771-320-8

Was ist Identitätspolitik? Und warum ist sie trotz aller notwendigen und richtigen Kritik so wichtig?

Identitätspolitik bedeutet, sich über die eigene Identität als beispielsweise Afroamerikanerin, Jude, Frau, Lesbe oder Arbeiter zu definieren – und bestenfalls auch zu organisieren und für die eigenen Rechte einzutreten. Doch obwohl diese Form der Identitätspolitik die Basis zahlloser sozialer Bewegungen bildete, wurde sie spätestens durch die Queer und Postcolonial Theory radikal infrage gestellt und als vereinheitlichend und ausschließend abgelehnt.

Von den theoriegeschichtlichen Wurzeln des Begriffs »Identität« bis zu den identitätspolitischen Debatten in der Linken nach der Wahl Trumps zum US-Präsidenten bieten die beiden Autor*innen in diesem Buch einen undogmatischen Überblick über Diskurse und Geschichte linker Identitätspolitiken.



Anselm Schindler
Die Strategie der Rose
Kurdistan und der Krieg um Westasien
112 Seiten | 9,80 Euro
978-3-89771-072-6

Engagierte und parteiiche Reportagen aus Kurdistan

Der Journalist und Autor Anselm Schindler bereist regelmäßig die kurdischen Gebiete. In zwölf Reportagen beschreibt er, wie zwischen den Trümmern des Krieges neue Hoffnung auf ein freies Leben aufkeimt.

Antifa Kalender 2019

Unter dem Pflaster liegt der Strand

Antifa Kalendergruppe
Antifaschistischer Taschenkalender 2019

212 Seiten | 7 Euro
978-3-89771-719-3

Dein täglicher Begleiter im bewährten Hosentaschenformat

www.unrast-verlag.de